

Posener Zeitung.

Nº 194.

Mittwoch den 21. August.

1850.

Inhalt.

Posen (Politischer Rückblick).

Deutschland. Berlin (Allgemeine Deutsche Götheftung; Häsel ausgewiesen; Prozeß gegen d. Herausgeber d. demokrat. Corresp.; Strafen-Ereesse in Neuhaldensleben; ärztliches Gutachten über Sefeloge; Voigts-Rheg nach Frankfurt; Gründe d. Rücktritts d. Dän. Ministers Moltke); Breslau (Anwerbungen für Schleswig-Holstein); Erfurt (Düesberg scheidet nicht aus d. Schiedsgericht; Schwurgericht; Gottesdienst im Wirkhause; Singersfest); Schleswig-Holstein (Arendt über d. Londoner Protokolle; Gefangenennahme eines Preuß. Consuls; Gesetzest); Wiesbaden (Legitimisten-Congress); Karlsruhe (weitere Truppentransports).

Frankreich. Paris (üb. d. Preuß. Protest geg. Lond. Protokolle). England. London (Rede d. Königin beim Schlus d. Parlaments). Locales. Posen; Kosten; Kriewen; Aus d. Fraustädter Kr. Musterung vdn. Zeitungen.

Anzeigen.

Berlin, den 20. August. Se. Majestät der König haben Allergräßt gerucht: Dem Kreisgerichts-Depositär-Rendanten und Kalkulator a. D. Johann Ernst Wilhelm Runge zu Landsberg a. d. W., den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Förster Philipp zu Bugl, im Hausfidekommiz.-Revire Wasserburg, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Waller Friedrich Heyne zu Kalbe a. d. S. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Regierungs-Rath Kolbe zu Berlin zum Direktor der Porzellan-Manufaktur zu ernennen; und den Kaufleuten Gebrüdern Julius Heinrich und Gustav Lampricht zu Potsdam das Prädikat als Königliche Hoflieferanten beizulegen.

Der General-Major und Remonte-Inspekteur, von Dobeneck, ist von Ragnit hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Herzog Karl und Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, ist nach Hamburg, und Se. Durchlaucht der Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, nach Köln abgereist.

Die Ziehung der Aten Klasse 102ter Königl. Kläffen-Lotterie wird den 28. August d. J. Morgens 7 Uhr im Ziehungssaal des Lotterie-hauses ihren Aufang nehmen.

Berlin, den 20. Juli 1850.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Politischer Rückblick.

Die Deutsche Frage ist seit unserm letzten Rückblick ihrer Entscheidung nur wenig näher gerückt; die Verhältnisse zwischen Preußen und Österreich bilden noch immer einen höchst verwickelten Knäuel, den die Diplomatie zu entwirren sich vergleichlich abmüht. Vier Punkte sind es, auf welchen Österreich Preußen gegenüber beharrt, und welche eine Ausgleichung zwischen diesen beiden Staaten fast unmöglich machen, nämlich 1) die Wiedererrichtung des alten Bundesstages und die Auflösung der Preußischen Union, 2) das Verbleiben der Badischen Truppen in ihrer Heimath, 3) die Mitbesetzung der Bundesfestung Rastatt und die Entfernung der Preußischen Besatzung aus derselben, 4) die Verwaltung des Bundesvermögens der Central-Bundes-Kommission zu entziehen und dem engern Rath zu übertragen. In Betreff des ersten Punktes hat das Frankfurter Plenum sich am 9. d. Mts. aufgelöst und Österreich die Berufung des engern Bundesrathes anheimge stellt. Diese Berufung ist auch bereits erfolgt. Den zweiten Punkt anlangend, hat Österreich dem Badischen Ministerium eine ernste Drohung und dem Kommandanten von Mainz zugleich die Weisung zugehen lassen, den Durchmarsch der nach Preußen gehenden Badischen Truppen auf jede Weise, selbst mit Waffengewalt, zu verhindern. Die früher verbreitete Nachricht, daß das Preußische Ministerium gesonnen sei, den Forderungen Österreichs nachzugeben, hat sich zur Freude aller wahren Preußen und Deutschen nicht bestätigt; vielmehr hat die Preußische Politik seit unserm letzten Rückblick in dieser Hinsicht eine glückliche Wendung genommen; sie ist entschlossen, „die Ehre Preußens zu wahren.“ Die Preußische Artillerie in Mainz ist am 6. um eine halbe Batterie verstärkt worden, und nach Baden und Rastatt werden Preußischer Seite große Ladungen von Munition geschafft. Gleichzeitig hat das Ministerium den Österreichischen Forderungen gegenüber ein Ultimatum nach Wien geschickt, worauf die Antwort abgewartet wird, um dann sofort die Union ins Leben treten zu lassen. Sicherer Nachrichten zufolge ist die Antwort bereits eingegangen, in der sich Österreich bereit erklärt, die Frage des Truppendurchmarsches durch ein Schiedsgericht entscheiden und das Bundes Eigentum von einer gemeinsamen Kommission verwalten zu lassen. So hätte die Festigkeit Preußens Österreich gegenüber den ersten Sieg errungen. Die Denkschrift des Ministers von Manteuffel, die sich für die Politik der Einheitlichkeit ausspricht, ist vom Könige heifällig aufgenommen worden, und auch der Prinz von Preußen hat dieser Politik seine Unterstützung zugesagt. Schwerlich dürfte Österreich geneigt sein, es bis zum Neuersten kommen zu lassen; das bloße energische Auftreten Preußens wird hinreichen, es überall in seine Schranken zurückzuweisen, und alle wahren Deutschen werden immer mehr die Notwendigkeit erkennen, sich einzig und fest an Preußen, den einzigen Rettungsanker der Deutschen Einheit, anzuschließen. Vor der Hand aber dürfte die beste Lösung der Deutschen politischen Probleme darin bestehen, daß Deutschland in ein Nord- und ein Süd-Deutschland getheilt wird. Die Deutsche Frage und die Frage der Herzogthümer Schleswig-Holstein gehen immer mehr in einander über. Österreich will die Ratifizierung

des Dänischen Friedens durch den engern Bundesrath, dessen Zusammensetzung in den nächsten Wochen zu erwarten steht, bewirken lassen, und beabsichtigt dann gleichzeitig an der Elbe ein Observations-Korps aufzustellen, um die Holsteiner nötigenfalls zum Gehorsam gegen den Dänischen König zurückzubringen. Das alte Bundes-Armee-Korps soll zu diesem Zwecke eingerichtet werden. Im Grunde genommen aber scheint es wohl, als ob diese militärische Operation mehr gegen Preußen gerichtet sein soll, um denselben die Verbindung mit Baden aufzuschnüren und den von Österreichischer Seite beabsichtigten Staatsstreich gegen Preußen militärisch zu decken.

Am 2. August ist in London von Frankreich, Russland, England, Dänemark und Schweden in der Holsteinisch-Dänischen Angelegenheit ein neues Protokoll unterzeichnet worden. Es war in der Absicht entworfen, Österreich den Beitritt zu erleichtern, hat aber denselben Inhalt, wie das vom 2. Juli, nämlich die Intervention der Großmächte, um den Dänischen Staat in seinem gegenwärtigen Bestande zu erhalten. Der Preußische Gesandte, Ritter Bunsen, hat die Unterzeichnung unter Einreichung eines energischen Protestes auch diesmal verweigert, die Unterzeichnung Österreichs dagegen ist in Aussicht gestellt.

In Schleswig-Holstein ist seit unserm letzten Rückblick wenig von Bedeutung geschehen. Willisen scheint sich auf die Defensivse zu legen, und die Schleswig-Holsteiner sehen immer mehr die Unmöglichkeit ein, ihre Sache zu einem glücklichen Resultate durchzuführen. Es sollen auch bereits Friedensunterhandlungen angeknüpft sein, über die jedoch nichts Bestimmtes verlautet. Die Vertheidigungslinie der Schleswig-Holsteiner Armee reicht bis an den Sorgestütz. Die Dänische Armee, die sich durch Aufnahme vieler Freiwilliger aus Schweden verstärkt hat, sucht sich unter Vorpostengesetzten der Festung Rendsburg immer mehr zu nähern. Auch Kiel wird sehr stark von ihr bedroht, weshalb die Statthalterschaft ihren Sitz nach Rendsburg verlegt hat. Am 4. d. Mts. fand ein ziemlich bedeutendes Vorpostengesetz bei Wohlde statt, und am 8. und 9. entwickelte sich längs der Sorgelinie ein erstes Treffen, das in eine Haupth Schlacht überzugehen drohte, von den Dänen aber plötzlich abgebrochen wurde. v. d. Tann soll 1000 Dänen von ihrem Hauptkorps abgeschnitten haben. Die Explosion des Laboratoriums in Rendsburg, deren Ursache noch nicht aufgehellt ist, hat über 100 Menschen das Leben gefosset, und einen sehr bedeutenden Schaden an fast sämtlichen Gebäuden der Stadt angerichtet, dagegen ist der Verlust an Munition unbedeutend. Auf die Bekanntmachung des Dänischen Kriegsministers Hansen wegen Behandlung der Gefangenen, die in Schleswig-Holstein nicht heimathsberechtigt sind, hat Willisen gleichfalls eine Bekanntmachung erlassen, worin er die Behauptung, daß die Schleswig-Holsteiner Armee nicht unter dem Schutz des Völkerrechts stehe, zurückweist, und mit Repressionen gegen die Dänischen Gefangenen droht. Die Geston ist der Dänischen Forderung, die Preußische Flagge zu streichen, nicht nachgekommen; sie ist aber von den Dänen förmlich umlagert, und kein Mann der Besatzung darf sich von dem Schiffe entfernen. Der Senat von Hamburg hat bekannt gemacht, daß sich sowohl Schleswig-Holsteiner, als auch Dänische Schiffe in die Hamburger Häfen flüchten können. Au Lübeck hat die Statthalterschaft eine Forderung wegen Schadenersatz für das in die Luft gesprengte Schraubendampfboot von der Tann, dem die Lübecker Behörden das Einlaufen in den Häfen von Travemünde verwehrten, gestellt. Die Unterstützungen an Geld und Freiwilligen, die den Schleswig-Holsteinern aus Deutschland zugekommen sind, haben sich bisher leider als sehr unbedeutend erwiesen. Deutschland ist das Land der Worte, aber nicht der Thaten!

In Preußen haben sich die Gerüchte von einer Ministerkrise, in Folge derer die beiden Minister v. Manteuffel und v. Stockhausen ausscheiden sollten, zum Glück nicht bestätigt; aus all den Gerüchten geht aber hervor, daß die Stunde der Entscheidung für die Politik Preußens geschlagen hat und daß nun eine entschiedene und energische Durchführung ihrer Pläne zu erwarten steht. Das Ultimatum an Österreich, das die Verweigerung des Durchmarsches der Badischen Truppen durch Mainz als einen casus belli hinstellte, ist als die erste That dieser Politik zu betrachten, und der Erfolg hat dieselbe gerechtfertigt. Die Truppenmärsche zur Vervollständigung des Observations-Korps bei Weglar dauern in den Rheinprovinzen noch immer fort. Die erwähnte Denkschrift des Ministers v. Manteuffel bezeichnet zwei Wege als die für Preußen allein möglichen und heilsamen: entweder die Union sofort ins Leben treten zu lassen und das Erfurter Parlament einzuberufen, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, oder sich mit Österreich ohne Verletzung des Rechtes und der Ehre Preußens sofort zu verständigen, ein längeres Hinhalten und Zögern droht die größte Gefahr. Sämtliche Divisions-Kommandeure sollen Bewußt einer Beratung nach Berlin berufen sein, jedoch verlautet über den Gegenstand dieser Beratung nichts Näheres. Das Stadtgericht in Berlin hat den Schauspieler Execk wegen Theilnahme am Pfälzisch-Badischen Aufstand zum Tode verurtheilt, dagegen haben die Geschworenen den Schuhmachergesellen Häsel und Genossen, die angeblichen Mitglieder des Todtenbundes, von der Anklage des Hochverrats freigesprochen.

In Sachsen fährt man fort, die Presse zu bedrücken. Die erste Kammer hat sich nach dem Vorgange der zweiten ebenfalls für kompetent erklärt.

In Bayern eisern die Ultramontanen gegen die Sympathien für Schleswig-Holstein, wodurch aufs Neue der Beweis geliefert wird, daß der Jesuitismus der gefährlichste Feind Deutschlands ist.

In Württemberg dürfte der Notenkrieg zwischen dem landständischen Ausschuß und der Regierung durch die letzten beiden Noten des Kabinetts, die einen strengen Verweis enthalten, beendet sein. Am 3. d. M. haben in Stuttgart die Verhandlungen betreffs der gegen den Minister Wächter-Spittler erhobenen Anklage wegen Verfassungsverletzung vor dem Staatsgerichtshofe begonnen.

In Hessen-Kassel wird die Destroyirung eines neuen Wahl-

gesetzes, und die Beschränkung der Presse und der Vereine erwartet. In Kassel sind zwei handelspolitische Missionäre aus Belgien und Frankreich angekommen, um auf die Verhandlungen der Zollkonferenz zu Gunsten des Auslandes einzutreten.

In Baden sind die Kammer zum 26. d. M. einberufen. Österreich hat mit einer militärischen Besetzung Baden gedroht, und sucht fortwährend auf das Ministerium zum Nachteil Preußens einzutreten. Die Gerüchte von Abtreten des Ministeriums und Abdankung des Großherzogs, um dem Einfluß Österreichs zu weichen, haben sich nicht bestätigt.

Der Rücktritt Nassaus von der Union hat sich noch nicht bestätigt. Der Minister v. Winzingerode ist aus Berlin zurückgekehrt.

In Sachsen-Altenburg haben die Stände ein neues Wahlgesetz, nach dem Muster des Preußischen, beraten und angenommen.

In Österreich ist wenig von Bedeutung geschehen. Die Organisierung des Gerichts- und Gemeindewesens hat die Thätigkeit des Ministeriums am meisten in Anspruch genommen. In Wien soll ein oberstes Central-Tribunal für den ganzen Staat errichtet werden. Die neuen Bankoperationen, in Folge deren neue Banknoten in Umlauf gesetzt sind, haben wieder einmal die schwächste Seite des österreichischen Staates, die außerordentliche Finanznoth, offen dargelegt. Die Verminderung der aktiven Armee hat sich bestätigt. Der Minister v. Schwarzenberg hat dem römischen Hofe den Rath ertheilt, mehr Rückicht auf den Geist zu nehmen, und sich in dieser Hinsicht nach Österreich zu richten.

In England hat das Unterhaus den Eintritt Rothschilds ins Parlament mit 142 gegen 106 Stimmen abgelehnt, und die Angelegenheit bis zur nächsten Session verschoben. In London hat die Wahl Lambeths, eines Radikalen, zum Parlamentsmitglied große Sensation erregt. Das Parlament ist vertagt worden. In Irland herrscht wieder sehr große Noth.

In Frankreich wird der Konflikt zwischen der National-Versammlung und dem Präsidenten von Tage zu Tage größer. Die Kommission, welche für das Lager bei Versailles notwendigen Kredite prüfen sollte, hat sich dagegen erklärt, in Folge dessen der Kriegsminister die Kreditforderung zurückgezogen hat. Der Präsident thut Alles, um sich die Sympathieen des Heeres zu gewinnen. Die Militär-Bankette, die er in dieser Absicht gegeben hat, haben bei der Pariser Bevölkerung große Bedenken erregt. Auch seiner Reise in die Departements, die er bereits angetreten hat, dürfte dieselbe Absicht, zu seinen Gunsten auf das Heer einzutreten, unterliegen. Auf der anderen Seite entwickelt die legitimistische Partei ebenfalls eine außerordentliche Thätigkeit. Der Herzog von Bordeaux befindet sich in Wiesbaden, wo er sämtliche Notabilitäten seiner Partei zu einem Kongreß um sich versammelt hat, wahrscheinlich in der Absicht, um sie zur Märsching zu bestimmen. Die orleanistische Partei scheint sich von diesem Kongreß fern zu halten. Um jedem Verdacht einer Beteiligung daran zu entgehen, hat Guizot sofort Deutschland verlassen, und ist nach Frankreich zurückgekehrt. Die National-Versammlung hat am 3. d. M. ihre letzte Sitzung gehalten. Die Bergpartei hat ihrerseits einen besondern Aufschluß zur Überwachung des Präsidenten während der Zeit der Vertagung ernannt.

Aus Russland wird gemeldet, daß die Abtheilung der russischen Flotte, welche bisher die schleswig-holsteinschen Gewässer besetzt hielt, durch eine neue Eskadre abgelöst worden ist, und in ihre Häfen zurückgekehrt. Aus den westlichen Gouvernements sind uns Gerüchte von Baueraufrüttungen zugekommen, die jedoch noch sehr der Bestätigung bedürfen.

In Sardinien ist der Bruch zwischen dem Ministerium und der Geistlichkeit vollständig geworden. Der Erzbischof von Turin, Franzoni, hat dem Minister Santa Rosa die Sterbeakramente, und nach seinem Tode das kirchliche Begräbnis verweigert, in Folge dessen er sofort verhaftet und auf die Festung abgeführt wurde. Seine kirchlichen Einkünfte, so wie die Klostergüter, sind mit Sequestration belegt worden. Die Erbitterung gegen ihn und gegen den Orden der Serviten, der seine Befreiung ausführte, ist unter dem Volke allgemein, und hat schon zu Excessen geführt. Auch der größte Theil der Pfarrgeistlichkeit ist gegen ihren Erzbischof gestimmt. Alles deutet darauf hin, daß sich in Italien große kirchliche Bewegungen vorbereiten.

In Neapel haben die Untersuchungen gegen die Mitglieder der Gesellschaft zur Erstrebung der Einheit Italiens aufs Neue begonnen.

In Spanien sind die Cortes aufgelöst worden; die neuen Cortes werden im Herbst zusammenentreten.

In Griechenland werden Vorbereitungen zur Reise des Königs nach Deutschland getroffen. Während der Zeit seiner Abwesenheit ist eine Regenschaft ernannt worden, an deren Spitze die Königin steht.

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat der Präsident sein Kabinett gebildet, das den Wünschen der öffentlichen Meinung entspricht.

In Californien hat eine furchtbare Feuersbrunst den größten Theil der Stadt San-Francisco zerstört.

Deutschland.

† Berlin, den 18. August. Es hatte den Anschein gewonnen, als ob der hiesige Goetheverein, und wohl gar die allgemeine deutsche Goetheftung wieder zu Grabe gegangen sei. Seit langer Zeit wenigstens hatte man nichts davon gehört. Inzwischen ist die Sache aber doch gefördert worden. Der Berliner Goetheverein, von welchem die ganze Idee angeregt worden, hat endlich die Statuten der allgemeinen deutschen Goetheftung mit dem Weimarschen Goetheverein festgestellt, und diese Statuten sind nun als die endgültigen für die Stiftung angenommen, so daß alle anderen Ortsvereine sich vorläufig an diese Statuten anzuschließen haben. Nach denselben wird als Zweck der Stiftung bestimmt, „deutsche Kunst zu fördern, und ihren

Einsatz im deutschen Vaterlande zu sichern.“ Um diesen Zweck zu erreichen, sind bedeutende Geldmittel erforderlich, die man vorzugsweise dadurch einzutreiben hofft, daß in allen Städten und Ortschaften, in denen Interesse für deutsche Kunst und Wissenschaft, für geistiges Leben überhaupt waltet, Göthevereine gebildet werden, die ihre Beiträge zur Stiftung schießen. Ein jeder solcher lokaler Göthevereine soll in seiner Selbstständigkeit respektirt werden, und nach eigenem Ermeessen seine lokalen Statuten feststellen. Die Rechte solcher Vereine sollen auch in Anspruch nehmen können: 1) deutsche Fürsten, welche in ihrem Lande die Götheanstiftung thätig fördern; 2) Direktionen deutscher Bühnen, Kunstanstalten, besonders Gesangvereine und Liederfests, welche wenigstens einmal im Jahre den Ertrag einer Aufführung der Götheanstiftung zuwenden, insofern der Betrag mindestens 50 Rthlr. erreicht; 3) deutsche Männer und Frauen, welche jährlich einen Beitrag von 100 Rthlr., oder auf einmal diese Summe zu 4 Prozent kapitalisiert zahlen. — Was nun die weitere Ausführung betrifft, so sollen im August jedes zweiten Jahres in Weimar die Abgeordneten der Göthevereine und der nach § 4 Gleichberechtigten zur Anhörung der Berichterstattung, Rechnungsablegung u. s. w. zusammen treten. Außerdem soll der durch diese Abgeordneten gebildete allgemeine deutsche Götheverein einen geschäftsführenden Verein wählen, dessen Vorstand das Stiftungsvermögen verwaltet und darüber alle zwei Jahre dem Ausschüsse oder einer Commission derselben Rechnung ablegt. — Die Abgeordneten treten alle zwei Jahre am 28. August als dem Geburtstage Göthe's in Weimar zusammen, um Preise für ausgezeichnete Leistungen und Unterstützungen für wichtige Bestrebungen, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, an Künstler und Dichter auszutheilen. Die Zuverleihung soll durch Stimmenmehrheit des Ausschusses geschehen. Die auf solche Preise und Unterstützungen zu verwendende Summe und die Kunstrichtungen, welche zunächst berücksichtigt werden sollen, werden bei der Generalversammlung durch Stimmenmehrheit der Anwesenden für die zwei folgenden Jahre festgesetzt, und folglich durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Jeder Verein oder Gleichberechtigte kann Vorschläge zu Preisen und Unterstützungen machen, muß dieselben aber spätestens bis Ende Mai dem geschäftsführenden Vereine zusenden. Änderungen dieser so festgestellten Statuten sollen in der General-Versammlung durch Stimmenmehrheit angenommen werden. — Für das Jahr 1850 haben sich die Vereine dahin geeinigt, daß ein Preis von 1000 Thlr. ausgesetzt und für die Bildhauerkunst bestimmt werde.

Berlin, den 18. August. (Berl. Nachr.) Die Entlassung des Schneidermeisters Bendler und des Malers Wegener, welche in dem Häkel'schen Prozeß des Hochvorraths angeklagt waren, ist bereits am Abend des 15. August erfolgt, der Schuhmacher Häkel und der Handschuhmacher Richter sind dagegen bis gestern in Haft behalten worden, weil Seitens der Polizeibehörde erst über ihre Ortsangehörigkeit das Nöthige festgestellt werden mußte. Am gestrigen Tage sind nunmehr auch diese beiden Personen, und zwar Häkel nach Breslau und Richter nach Erlangen gewiesen worden, und soll letzterer unter Begleitung von Schutzmännern an seinen Bestimmungsort gebracht werden sein, während letzterer nur bis außerhalb des Reichsbildes Berlins gebracht worden ist. Da gegen die freigesprochenen Personen solche Maßregeln seitens der Polizei getroffen worden sind, so läßt sich wohl annehmen, daß trotz des Ausspruchs der Geschworenen diese Männer für keineswegs unverdächtig gehalten werden, was, wenn man dem Gang des Prozesses gefolgt ist, und den darin gelieferten Beweis über ihre politische Thätigkeit erwägt, gewiß nicht grundlos genannt werden kann. Am Abende der Freisprechung bildeten sich übrigens kleine Atrouments auf dem Molenmarkt, es gelang aber den patrouillirenden Schutzmännern, dieselben ohne weitere Folgen zu zerstreuen. — Gestern sollte der frühere Herausgeber der „demokratischen Korrespondenz“, Kaufmann Eduard Steinthal, vor den Geschworenen sich wegen einiger Artikel, die in seiner Korrespondenz gestanden hatten, vertheidigen. Der Angeklagte war nicht erschienen, und da Sachverständige die incriminierten Artikel, als von der Hand des Angeklagten geschrieben, anerkannten, so wurde derselbe in contumacia zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurtheilt. Der Angeklagte lebt übrigens, wie aus Briefen an seine hiesigen Angehörigen erheilt, seit langer Zeit in New-York und betreibt daselbst einen einträglichen Pelzhandel. — Am 10. und 11. haben in Neuhaldensleben einige Strafzen-Erzeugen stattgefunden. Die Veranlassung dazu gab das Gericht, daß einige Fleischerei-Gleich von lungen- und milzkrankem Vieh verkauft hätten, und die Meinung, daß dies die Ursache der, in dem Orte sehr heftig aufgetretenen Cholera sey. Die Regierung zu Magdeburg hat sogleich Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe getroffen, welche denn auch seit dem 12. nicht weiter gestört worden ist. — Das Zeitungspublikum hat sich leider abermals von einer Mittheilung in der „Kölnerischen Zeitung“ irre leiten lassen. Diese Zeitung bringt nämlich die telegraphische Nachricht: „Das Plenum hat sich aufgelöst“, und da der Telegraph nicht lügt, so macht diese Nachricht natürlich die Runde durch alle Zeitungen. Was das Plenum gethan hat, wird nächstens durch Veröffentlichung der Protokolle bekannt werden.

— Das Gutachten, welches der Director der Leubuser Irrenanstalt Dr. Martini über den Gesundheitszustand des Gefangenen abzugeben hierher berufen ist, hat derselbe nunmehr bereits erstattet. Es soll sehr umfangreich sein — wie man uns mittheilt, 72 Bogen stark — und wird später auch durch den Druck veröffentlicht werden. Über das Gutachten des eigentlich competenten Gerichtsarztes Geh. Raths Casper verlautet nichts, doch wird auch dieses jedenfalls bereits abgegeben sein. Es darf somit binnen Kurzem ein entscheidender Abschluß in der Gefangenenuntersuchung erwartet werden. Auch der die Untersuchung führende Richter, Criminalgerichts-Rath Schlotter ist von seiner Urlaubsreise wieder zurückgekehrt. (Const. 3tg.)

— (B. N.) Gestern wurde wiederum Ministerialrath gehalten. — Der Major vom großen Generalstab, Hr. v. Voigts-Rhey, welcher sich gegenwärtig in Posen befindet, wird eine Mission nach Frankfurt am Main erhalten, um dort dem General v. Peucker zur Seite zu stehen. — Wie wir vernnehmen, ist die Aufforderung Österreichs, den Bundestag herzustellen, Gesandte zu demselben zu schicken und ihn so zu konstituiren zu lassen, an alle deutsche Regierungen ergangen und auch bereits bei der unfrigen eingetroffen. — In der vorgestrigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums wurde der erweiterte Entwurf eines Heimatgesetzes vorgelegt. Die übrige Zeit wurde zu vertraulichen Mittheilungen über die, zwischen Österreich und Preußen schwedende Kriegsfrage benutzt. — Man erfährt aus Kopenhagen, daß der Rücktritt des Grafen Moltke von dem auswärtigen Departement keineswegs wegen der politischen Ansichten desselben erfolgt sey, sondern wegen seiner Abneigung, der Gräfin Danner

dienjenigen Vorzüge und Berechtigungen bei Hofe zuzugestehen, welche ihr jetzt zu Theil geworden sind. Auch wird dies dadurch bestätigt, daß Hr. v. Reedt sein Nachfolger geworden, der bei allen Unterhandlungen, zu denen er gebraucht worden, sich sehr enge an die Moltkeschen Informationen gehalten hat, und dafür sehr thätig gewesen ist. Der Graf Moltke ist nur ein Demokrat aus zweiter Hand, indem er der Casino-Partei durchaus entgegen stand, und erst nach ihrem Siege sich für einen „Befehlten“ erklärte. Man besorgt daher von ihm auch keine Opposition, welche ihn nur noch mehr compromittieren würde. — Aus Baden wird berichtet, daß die Predigten in den Dorfkirchen des Oberlandes sehr gut österreichisch klingen und die Zuhörer vor den „Fallstricken eines Bundes mit dem“ — Preußen warnen.

— Breslau, d. 18. August. Ein Offizier, welcher früher als Hauptmann in der Ungarischen Armee gedient hatte, verließ gestern nach dreitägigem Aufenthalte Breslau, um in Schleswig-Holsteinsche Dienste zu treten. Nach seiner eigenen Aussage soll er hier selbst 45 Kämpfer für jene Sache angeworben haben, auch gedachte er in einigen Wochen wiederzukehren, um noch mehr rüstige Männer nach Rendsburg zu schaffen. Kampflust aller Arten finden sich hier, um sich von dem Unterstützungs-Komitee mit dem nötigen Hilde verschaffen zu lassen; letzteres geht aber seit einiger Zeit in minder reichem Maße ein, als bisher. Noch wollen wir hoffen, daß die offenkundige Begeisterung, welche sich allenhalben in Schlesien aussprach, mehr gewesen sei, als eine nur augenblickliche Eregung; gelungen kann aber nicht werden, daß die Erwartungen, zu denen die anfänglichen Symptome berechtigten, keineswegs erfüllt werden sind. Namentlich zeigen sich einige kleinere Städte unserer blühenden Provinz ziemlich indifferent, wenn man aus dem Ertrage der Sammlungen auf das Interesse zur Sache nicht mit Unrecht schließen darf.

Wenn an manchen Orten Deutschlands die demokratische Partei wenig Interesse für Schleswig-Holstein zeigt, so ist dies in Breslau keineswegs der Fall. Bedeutende Summen sind in den Versammlungen jener Färbung bereits eingekommen, und übermorgen wird wiederum eine großer Sammlung Seitens der „städtischen Ressource“ veranstaltet. Die Mitglieder derselben hatten nämlich bald nach Waldecks Freisprechung ein kostbares Ehrengebschenk demselben zu übersenden beschlossen, und zu diesem Ende gegen 700 Thlr. zusammengeschlossen. Das hierfür gesetzte Geschenk ist ein silbernes Schreibzeug, 13 Pfund schwer, welches ein Kunstwerk genannt zu werden verdient. Namentlich muß eine Figur, die Gestalt der Freiheit, mit zerbrochenen Ketten in der Linken, als musterhaft schön hervorgehoben werden. Die Verzierungen sind meist in altdemokratischem Style gehalten. Diese außerordentlich gelungene Arbeit ist vor einigen Tagen vollendet worden, und wird am nächsten Dienstag, dem Concert- und Versammlungs-Abende der städtischen Ressource, in dem Lokale derselben gezeigt werden. Jederman erhält umsonst Zutritt, die Gelegenheit wird aber dazu benutzt werden, um zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner aufzufordern. Wahrscheinlich wird dies Mittel einen günstigeren Erfolg haben, als er manchem andern in der letzten Woche zu Theil wurde. Wir haben schon früher erwähnt, daß jedes kaum mittelmäßige Talent unter dem Alshängeschild des Patriotismus dem Publikum seine Leistungen aufdrängen will. Für Schleswig-Holstein und die gute Sache müssen wir unser musikalischer Gehör auf die jämmerlichste Weise verachten lassen, für Schleswig-Holstein müssen wir uns die schlechtensten Verse und die mißrathensten Gestaltungen ruhig und ohne Murren stundenlang gefallen lassen und zulegen noch, um nicht für einen Vaterlandsverräther zu gelten, bewundern und beklatschen. Aber endlich hielt das Publikum soviel Patriotismus aller verkannten und unbekannten Künstler nicht aus, man blieb auch aus ans Schleswig-Holstein-Vorstellungen weg, und es ereignete sich unter Anderem neulich auch der tragische Fall, daß bei einem derartigen, von einem jugendlichen Dilettante veranstalteten Zweck-Concerte, dessen Ausgaben sich nicht viel über Null beliefen, die Einnahme um volle 3 Thlr. hinter den Ausgaben zurückblieb. — In Folge einer Maßregel der Liegnitzer Regierung, welche den dastigen Spediteuren demokratischer, vom Postdebit ausgeschlossener Blätter ihre fernere Thätigkeit verbietet, bringt die Neue Oderzeitung in ihrer heutigen Nummer einen „Offenen Brief an den Minister v. Manteuffel.“ Derselbe fücht darin nachzuweisen, wie ein derartiges Verbot, welches auch in den andern Regierungs-Bezirken Schlesiens in Aussicht steht, weder durch die Gesetze noch durch das Herkommen begründet sei. Sie erinnert daran, wie die Entziehung des Postdebites ihren Ursprung nur einer Identifizierung der jüngigen Regierung mit dem preußischen Staate im Allgemeinen, und dem Wunsche verdanke, „die postalischen Anstalten einer moralischen Mitschuld an dem Treiben der Umspurpartei zu überheben;“ schließlich spricht sie ihre Hoffnung auf baldige Abstellung dieser Be schwerde aus, und gründet diese Erwartung auf Manteuffels Prinzip, das Prinzip einer „starken Regierung“, welche unmöglich eine Partei als berechtigt anerkennen und zugleich jede Wirklichkeit derselben verachten könne. Der Brief ist in einem sehr ruhigen und besonnenen Tone gehalten, und wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir ihn der Feder eines ebenso angesehenen, als beliebten hiesigen Juristen zuschreiben.

Mit Bezug auf unsere frühere Mittheilung von der Störung und Vereitelung mehrerer Duelle, welche im Schweizerhause bei Breslau stattfinden sollten, fügen wir noch hinzu, daß die Beteiligten dem Stande der Studirenden angehören und jeder mit 6 Tagen Karzer bestraft worden sind. Sämtliche vorgefundene Waffen, worunter einige sehr wertvolle, wurden mit Beschlag belegt und befinden sich im Depot der Universität, von wo dieselben auch nicht mehr zurückgegeben werden.

Der große Burschenschafts-Commerce ist ohne Störung vorüber gegangen. Es hatten sich zu demselben einige Hunderte von Theilnehmern eingefunden, worunter sehr viele dem Beamtenstande angehören. Das Wetter beginnigte die Feier außerordentlich.

Binnen kurzem wird Oels eine Veränderung erleiden, welche für den Wohlstand der Stadt die vortheilhaftesten Folgen haben muß. Es wird nämlich der Stamm des vom Prinzen Eroy befehligen Husarenregimentes dahin verlegt werden, unter dessen Offizieren sich mehrere sehr reiche Leute befinden, die dem arbeitenden und Handel treibenden Theile der Oelsner Bevölkerung vielen Absatz versprechen. Der Prinz selbst hat vom Herzog von Braunschweig, dem Oels befamlich gehört, einen großen Theil seines alten, von ihm selbst nie besuchten Schlosses zur Wohnung für sich und seine Gemahlin erhalten. Der Grund dieser gastlichen Zuwendung röhrt von einem kameradschaftlichen Verhältnisse her, welches sich zwischen beiden Genannten entwickelte, als sie noch in jüngeren Jahren bei derselben Schwadron der Garde du Corps standen. —

— Erfurt, den 15. August. Der Herr Minister v. Duesberg hat uns bereits seit mehreren Wochen verlassen, um seinen Posten als Ober-Präsident von Westphalen anzutreten. Derselbe wird sich jedoch

nicht gänzlich vom Reichsgericht trennen. Vorläufig ist bekanntlich dem Groß-Weimarschen Staatsrath Herrn v. Thon-Dittmer der Vorsitz übertragen. Von Zeit zu Zeit aber, man sagt alle sechs Wochen, wird Herr v. Duesberg selbst wieder hierher zurückkehren, um die Verhandlungen auf einige Zeit zu leiten. — Die eingetretene politische Stille und die Ungewissheit in der weiteren Entwicklung der Deutschen Angelegenheiten drückt auch hier auf die Stimmung, und weniger in Bezug auf Erfurts Vorteile, als in einem höheren patriotischen Interesse wird die Frage nach der Wiedereröffnung des Parlaments wieder häufiger und dringender ausgesprochen.

Mit dem 21. d. M. wird das hiesige Geschworenengericht seine Sitzungen wieder beginnen, welchen man hier mit gespannter Erwartung entgegenzusehen Ursache hat. Einmal werden die Geschworenen über schwere Verbrechen, wie den Mord auf der Mühle bei Elsleben, zu urtheilen haben, und dann wird der Prozeß gegen Krafftüge und der gegen seinen Mitarbeiter, den Literaten Friedmann, wieder aufgenommen werden, welcher letztere wegen neuen Preszvergehens schon einige Monate in Haft sitzt. Man erzählt sich, daß diese beiden demokratisch gleichgünstigen in den Voruntersuchungen sich gegenseitig auf das bitterste angeklagt haben.

Ein Schauspiel, dessen sich Halle und andere Städte schon bisher erfreut, welches aber bis jetzt noch nicht zu uns gelangt war, wird uns nun auch zu Theil werden, nämlich: die Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes im Wirthshaus. Die hiesige deutschkatholische Gemeinde, welche kümmerlich fortbesteht, ohne daß man viele Notiz von ihr nimmt, wird nun, da ihr der längere Mitgebrauch der Michaeliskirche von der Gemeinde derselben entzogen worden, von morgen an ihren Gottesdienst auf dem Rathstelle halten, und wird vielleicht dadurch mehr Aufmerksamkeit erregen. Ihr Prediger, Dr. Bergmann, hat die Apologie Uhlrichs gegen den Redakteur der Erfurter Zeitung übernommen; in einem hiesigen Adressblatt begann er diese Polemik, und als die Regierung diesem Blatt die Aufnahme solcher Artikel verbot, ließ er vor einer Woche eine Brochüre voll heftiger Polemik gegen diesen Redakteur erscheinen, welcher ein junger jüdischer Literat ist, und es ergiebt sich nun der seltsame Widerspruch, daß ein Jude das gläubige Christenthum gegen einen deutschkatholischen Priester vertheidigt. — Mit jenem Regierungsverbot verhält es sich so: Seit dem Aufhören des Intelligenzzwanges erschienen hier fünf Intelligenzblätter, die nach Inquisitionen, wie nach aufgehobenem Jagdrecht die Bauern nach den Hasen jagen. Aus Mangel derselben füllen sie ihre grauen Spalten mit Gedichten, mit ästhetischen und religiösen Aufsätzen, und das hat ihnen nun die Regierung wieder abgeschnitten.

Aus unserer Thüringischen Nachbarschaft darf als merkwürdig ein Liederfest in Altenstadt gemeldet werden, welches von den Liedertafeln mehrerer Thüringischen Städte am 5. d. M. gefeiert worden ist. Vor dem 3. 1848 bestand ein großer Thüringischer Sängerbund und seine jährlichen großen Gesangsfeste waren mit politischen Reden verbunden, die schon den herannahenden 48er Geist athmeten. Die verschiedenen Fürsthäuser erschienen wieder mit ihren alten Landesfarben an Fahne und Schärpe und nur Gotha hatte, seiner Namenspartei eingedenkt, neben der grünweißen Fahne noch schwarzrotgoldene Schärpen. Auf einem Altar vor der Sängerbühne wurde für Schleswig-Holstein gesammelt. Die Sängerbühne mit 300 Sängern brach zusammen, jedoch ohne Schaden zu verursachen.

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten. Bei der Schleswig-Holsteinschen Armee werden Hornisten gesucht, welche zugleich Musiker sind. Sie treten ein als Sergeant mit monatlich ca. 10 Thlr. pr. Cour. und als Unteroffizier mit ca. 9 Thlr. pr. Cour. monatlich. In Altona (Werbebüro, Rathausmarkt) geschieht die Einstellung.

Ernst Moritz Arndt spricht in der Deutschen Zeitung gegen die Londoner Protokolle und ihre Urheber in gewohnter ferniger Weise die verdiente Schmach aus und äußert zum Schlus: Ich spreche es vor allen Fürsten und vor allem Volke kühnlich aus; Schleswig-Holstein ist gegenwärtig die größte deutsche Frage; es kann die blutrothe Deutsche Frage werden. Das sollen die Deutschen Könige und Fürsten, noch mehr bedenken als das Deutsche Volk. Wäre es möglich, daß Schleswig-Holstein aufgegeben würde, daß man durch hinterlistige Verträge sich erfrechte, es als einen unlöslichen Sklaven an Dänemark anzuschließen, dann wäre die Zeit gekommen, wo die Deutsche Reichsfahne über alle Lande entfaltet werden müßte, wo jeder Deutsche, der noch ein Herz im Leibe hat, rufen dürfte und rufen müßte: Hier Deutschland! und: Auf! alle Deutsche, zu euren Fahnen und Waffen! Und wir hoffen, Hunderttausende würden zum Eisen greifen, wie Millionen Herzen für diese heilige deutsche Sache schlagen.

Der Kaufmann Nomensen, preußischer Consul zu Wiesbaden auf der Insel Höhr, der in den letzten Jahren lebhaft die Interessen der Herzogthümer gefördert hat, war von den Dänen bei Besetzung der Insel gefangen genommen, ist jedoch nach wenigen Tagen wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Preußische Regierung hat, sobald sie von der Gefangennahme des Nomensen Kenntniß erhielt, die Freilassung derselben entschieden verlangt.

Schleswig-Holstein. — Außer einem Seegeschäft, über welches bereits eine telegraphische Depesche Mittheilung gemacht hat, ist nichts Neues auf dem Kriegsschauplatz vorgekommen. (Const. 3tg.)

Wiesbaden, den 14. August. (Mainzer J.) Gestern nahmen die Diners und großen Soireen bei dem Herzog von Bordeaur ihren Anfang; der Soiree wohnten hundert und einige siebenzig Personen bei. Eine improvisierte, aus mächtigen Blech-Instrumenten bestehende Haustapete, deren Mitglieder von den Ober-Priestern gekommen zu sein scheinen, war in der Platzen-Allee der Rheinstraße aufgestellt, und trug ältere französische Nationalstücke, darunter den Favorit-Pastoral Heinrich IV. vor. Außer den früher angekommenen zwanzig Deputirten der jüngsten französischen National-Versammlung sind noch folgende fünf eingetroffen: du Pare, de St. George, de Keridee, Labbe Le Crom und Dahirel. Ferner der Graf de Jouffroy, der Prinz de Cistry, A. de Maussane, der Graf de Montgommery, Julien de la Rochejaquelin, Dulcipe d'Ullis, Vicomte Walsch, Adrienne de Lavau, Perrier du Loray, der Prinz Gaston de Montmorency, Thierry-Tollard (Samenhändler), der Graf de Lambeth, der Baron Le Prince und Sohn, Godbont, de Clocherville, G. de Clocherville, Baudesson de Michébourg, René moree, Maupon, Gaudy, Guibaneuf, Botte, Lheureur, Deshayes (Milchmann), Gere, Clery, Obry Vater, Obry Sohn, Obry Nette, Fiziller, Hafermeyer, der Graf de Cerza Lusignan, der Graf Anatole de Puiseux, Comte Ernest de Tarragon, Charles de St. Priest, General Marquis de Rastignac, Chastellier, Laurentie (Publizist), der Graf de Berton (desgleichen), der Graf de Durfort, de Brunier, Savary de Beauregard und eine Menge anderer Gäste, bis heute schon 76 an der Zahl.

Karlsruhe, den 13. August. (D. Ztg.) So verbreitet die Meinung ist, daß der Ausmarsch von weiteren Truppen nach Preußen nicht erfolgen werde, so sicher scheint es doch, daß diese Ansicht alles Grundes entbehrt. Es wird demnächst ein Transport von 3000 Centnern Munition nebst Artillerie- und andern Militär-Requisiten nach Preußen befördert werden und man bemerkt mit Recht, daß das schwerlich geschehen würde, wenn dem Truppenmarsche Einhalt geboten wäre. Die „Freib. Ztg.“ will indeß wissen, daß vorerst nur 5000 Mann, einschließlich der bereits abgegangenen Truppen, ausmarschieren würden.

Frankreich.

Paris, den 14. August. (Köln. Ztg.) Das „Journal des Debats“ bringt unter dem heutigen Datum folgenden Artikel: „Preußen hat, wie man weiß, sich geweigert, an dem auf die Dänischen Angelegenheiten bezüglichen Protokolle, welches zu London durch die Vertreter von Frankreich, Russland, Großbritannien und Schweden unterzeichnet worden ist, Theil zu nehmen. In der Note des Herrn Bunsen an Lord Palmerston protestirt Preußen in ziemlich bitteren Ausdrücken gegen die Einschreitung nichtdeutscher Regierungen in Angelegenheiten, welche, ihm zufolge, bloß zwischen Dänemark und Deutschland verhandelt werden müßten. Man kann zuerst antworten, daß diese Einschreitung auf das Begehren des Königs von Dänemark Statt fand, wie das Protokoll dieses auch ausdrücklich sagt; man kann aber auch fragen, und geniß mit noch mehr Grund, was in diesem Augenblick Deutschland ist, wo es liegt, und durch wen oder durch was es vertreten wird. Mr. Bunsen hält sich wohl, daran zu erinnern, daß der König von Preußen für Deutschland unterhandelt habe, und unter dem Vorbehale der Ratifikation des Bundes in einer Frist. Diese Frist ist abgelaufen; der König von Dänemark wartet; an wen soll er sich wenden, um die im Art. 4 (des Friedens-Vertrags) vereinbarte Einschreitung zu verlangen? Wo ist der Deutsche Bund? Wo hat er seinen Sitz? Durch welches Organ spricht er sich aus? Wir wissen davon nichts; Deutschland weiß es noch weniger. Der König von Dänemark hat sich freilich verpflichtet, die Dazwischenkunft Deutschlands zu verlangen, bevor er gegen Holstein zu den Waffen greife; aber ohne Zweifel hat sich auch durch eine nothwendige Gegenseitigkeit Deutschland einzuschreiten verpflichtet, wenn man dies von ihm verlangen würde. Muß etwa der König von Dänemark, an der Gränze von Holstein angelangt, gebüldig und langmütig zu warten, bis Deutschland sich wieder konstituiert hat, und bis Preußen und Österreich sich geeinigt haben? Dies könnte sehr lange dauern. Zugzwischen wird Deutschland den Insurgenten Verstärkungen jeder Art, Menschen und Geld senden; und der König von Preußen wird fortwährend sagen, daß Deutschland mit Dänemark Frieden geschlossen habe und daß die nichtdeutschen Regierungen nicht berechtigt seien, sich in die Frage zu mengen. Ein Friedens-Vertrag, welcher so dem Könige von Dänemark die Hände binden und ihn von allen deutschen Streitigkeiten abhängig machen würde, wäre von Seiten Preußens ein Akt auffallender Unredlichkeit. Es ist nicht die Schuld des Königs von Dänemark, nicht die Schuld der ihm verbündeten großen Mächte, wenn der deutsche Bund in diesem Augenblick gar keine konstitutionelle Existenz hat, und wenn, zwischen Preußen, welches eine neue Einrichtung des Bundestages will, und Österreich, welches den alten wieder aufzuwecken will, Deutschland ohne Kollektiv-Vertretung bleibt und die Beteiligung an Verträgen ablehnt, die dem ganzen übrigen Europa gemeinsam sind.“

Großbritannien und Irland.

London, den 15. August. (St. A.) Die Königin und Prinz Albrecht sind gestern Mittag von Osborne auf der Insel Wight wieder in London eingetroffen. Um 3 Uhr hielt Ihre Majestät im Buckingham-Palast eine Geheimeraths-Versammlung, in welcher die Thron-Arede zum Schlus der Parlaments-Sessjon angenommen wurde. Heute um 2 Uhr erschien die Königin in Person im Oberhause und schloß das Parlament mit dieser Rede, welche folgendermaßen lautet:

„Mylords und Herren! Es gereicht Mir zur Zufriedenheit, Sie der Pflichten einer mühseligen Sessjon entheben zu können. Die Sorgfalt und Emsigkeit, womit Sie sich den Geschäften widmeten, die Ihre Aufmerksamkeit erheischt, verbrieten Meinen herzlichen Beifall.“

„Die Akte zur besseren Regierung Meiner australischen Kolonien wird hoffentlich den Zustand jener aufzuhüllenden Gemeinschaften verbessern. Es wird Mir stets erfreulich sein, die Vorteile der Repräsentativ-Institutionen, welche den Ruhm und die Wohlfahrt Meines Volkes bilden, auf Kolonien ausdehnen zu können, die von Männern bewohnt sind, welche die Vorteile der Freiheit zu ihrem eigenen Nutzen auszuüben die Fähigkeit haben.“

„Mit großer Befriedigung habe Ich der Akte, welche Sie zur Verbesserung des Kaufahrthei-Marinedienstes dieses Landes angenommen haben, Meine Zustimmung gegeben. Sie wird gewiß dazu dienen, das Wohl jeder mit diesem wichtigen Zweige der National-Angelegenheiten verknüpften Klasse zu fördern.“

„Die Akte wegen allmäßigen Aufhörens der Beerdigungen innerhalb der Gräben der Hauptstadt entspricht jenen aufgeklärten Absichten, welche die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit zum Zweck haben. Ich werde mit Theilnahme den Fortschritt der auf diesen wichtigen Gegenstand bezüglichen Maßregeln überwachen.“

„Der Akte zur Ausdehnung des Wahlrechts in Irland habe Ich von Herzen Meine Genehmigung ertheilt. Ich erwarte die heilsamen Folgen von einer Maßregel, die in der Absicht ergangen ist, Meinem Volke in Irland eine billige Beteiligung an den Wohlthaten unseres Repräsentativ-Systems zu gewähren.“

„Mit der größten Theilnahme und Befriedigung habe Ich die Maßregeln betrachtet, welche zur Verbesserung der Rechtspflege in verschiedenen Zweigen angenommen worden sind, und Ich erwarte zuverlässig, daß sie sehr zuträglich und vortheilhaft für das allgemeine Beste wirken werden.“

„Herren vom Hause der Gemeinen! Die Verbesserung der Einkünfte und die bedeutenden Einschränkungen, welche in verschiedenen Ausgabezweigen vorgenommen worden, haben dazu beigetragen, unserer Finanzlage Festigkeit und Sicherheit zu verleihen. Es freut Mich, zu finden, daß Sie im Stande gewesen sind, Meinen Unterthanen einige Erleichterungen in den Steuerlasten zu gewähren, ohne die Zuverlässigkeit der Hülfssquellen für die Deckung der aus ihnen zu bestreitenden Bedürfnisse zu beeinträchtigen.“

„Mylords und Herren! Ich bin zu der Hoffnung ermutigt, daß der Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, welcher zu Berlin unter Meiner Vermittelung abgeschlossen worden, in nicht ferner Zeit zur Herstellung des Friedens im Norden Europa's führen werde. Meinerseits soll es an keiner Bemühung fehlen, um die Errichtung dieses großen Segens zu sichern.“

„Ich stehe fortwährend in den freundlichsten Beziehungen zu den fremden Mächten, und Ich hoffe, daß nichts sich ereignen wird, was den allgemeinen Frieden stören könnte.“

„Ich habe allen Grund für die Loyalität und Anhänglichkeit Meines Volkes dankbar zu sein, und indem Ich es Mir angelegen sei lasse, unsere Institutionen zu pflegen und zu verbessern, stelle Ich das Gedanken Meiner Bemühungen und die Leitung der Geschicke dieser Nation mit Vertrauen der Güte des allmächtigen Gottes anheim.“

Vocales &c.

„Posen, den 19. August. Um vergangenen Sonnabend hatte eine Deputation des hiesigen Handwerker-Vereins und der Innungen, bestehend aus dem Buchbindermeister Hrn. Meyer, Tischlermeister Hrn. Meisch, Seilermeister Hrn. Weit, und dem Klempnermeister Hrn. Müller, eine Audienz bei Sr. Excellenz dem Staats-Minister Herrn v. d. Heydt, in der sie nicht allein eine Petition überreichten, sondern Sr. Excellenz auch mündlich ihre Wünsche und Bitten an's Herz legten. Der zum Sprecher erwählte Hr. Meyer hob hervor, wie sehr der hiesige Handwerkerstand über die Ausmeinung des Hrn. Ministers erfreut, und dafür zum Danke verpflichtet sei, daß durch das Gesetz vom 9. Februar 1849 eine Aufhülfte des seit 30 Jahren immer mehr in Versfall gerathenen Gewerbestandes zugestellt werde. Leider seien aber die, sowohl Seitens der Kammern, wie des Hohen Ministeriums gestellten Aussichten in Posen nicht im Mindesten in Erfüllung gegangen, und alle Beschwerden des Handwerkerstandes über die Bögerung des Magistrats bei Errichtung eines Gewerberaths und Gewerbege richts seien bisher ohne erwünschtes Resultat geblieben. Zur Constitution derselben sei hier auch noch nicht die fernste Ansicht, denn nicht einmal die Wählerlisten seien angefertigt. Sr. Excellenz erklärten hierüber Ihr Bedauern und versprachen schleunige Abhülfe. In Betreff der Errichtung einer Gewerbeschule billigten der Herr Minister nicht nur die dazu gemachten Vorschläge, sondern waren auch damit einverstanden, daß beim Handwerkerstand die Moralität hauptsächlich durch Gewerbeschulen gehoben werden könne. Auch mit der Absendung von Deputirten zum Handwerker-Congress in Stettin erklärten Sich Sr. Excellenz einverstanden, sprachen indeß die Ansicht aus, daß es zweckmäßiger sei, bei der Beratung darauf hinzuwirken, daß auf dem vorhandenen Gesetz weiter fortgebaut, und daß es in bestimmten Fällen modifiziert werde, als eine ganz neue Gewerbegesetzgebung zu beantragen. Nachdem nun noch die Deputation erklärte, daß sie, wie ihre Committenten, eine vernünftige Gewerbefreiheit, nicht aber Gewerbewillkür, wünsche, und daß sie dieselbe nicht gegen, sondern durch das Gesetz und mit dem Gesetze zu erlangen sich bestrebe, sprach der Herr Minister seine Freude darüber aus, daß die hiesigen Handwerker frei und offen ihre Meinung dargelegt, empfahl sich dem ganzen Gewerbestande und versicherte seine regste Theilnahme für die Interessen der Gewerbetreibenden, mit dem Versprechen, daß der Handwerker an ihm stets einen kräftigen Schutz haben werde, so lange es sich um Abhülfe und um Errichtung eines Ziels auf gesetzlichem Wege handele. Nach dieser über eine Stunde währenden Audienz wurde die Deputation, höchst befriedigt über ihre Aufnahme, entlassen.“

Die obenerwähnte Petition lautet folgendermaßen:

„Excellenz! Die Auswesenheit Eines der höchsten Würdenträger des Staats in unsern Mauern feiernd, und in derselben den deutlichsten Beweis erblickend, daß es der höchsten Staatsbehörde ernstlich darum zu thun ist, sich durch eigene Anschauung über die inneren Landeszustände Gewißheit zu verschaffen, um hier nach den vorherrschenden Bedürfnissen um so entsprechender entgegenkommen zu können, erlaubten sich die Unterzeichner im Auftrage des hiesigen Handwerker-Vereins und sämtlicher Innungen Ew. Excellenz sich ehrfurchtsvoll zu nähern und auf das Herzlichste in unserer Stadt zu begrüßen. — Mit dem innigsten Dankgefühle sprechen wir es aus, und von Hochgefühl getragen, heben wir in höchster Anerkennung die Momente der neueren Gesetzgebung hervor, womit ein Hohes Ministerium den seit einem Menschenalter ganz vernachlässigten und der Vernichtung preisgegebenen Gewerbestand wieder zur Geltung gebracht und ihm seine Würde wiedergegeben hat, und hegen die Überzeugung, daß auf der gesetzlich vorgezeichneten Bahn vorschreitend, dem Gewerbestande die Garantie geboten ist, daß bei Sicherstellung einer vernünftigen persönlichen Freiheit des Individuums, der Gewerbebetrieb, auf der gegenwärtigen gesetzlichen Grundlage basirend, zu einer Entfaltung sich entwickeln wird, die allen Ansprüchen des allgemeinen Bedürfnisses genügen, zugleich auch der individuellen Stellung jedes Einzelnen eine Gewähr für die Zukunft bieten wird. — Zu unserem höchsten Leidwesen müssen wir aber bemerken, daß sich der Ausführung der gewerblichen Staats-Gesetzgebung am hiesigen Orte nicht zu überwältigende Hindernisse in den Verwaltungs-Organen entgegen gestellt, und so auch die Entwicklung des gewerblichen Elements aufgehoben haben. — Außer der theilweise und mangelhaften Constitution einzelner Prüfungs-Commissionen hat die Ausführung der Verordnung vom 9. Februar 1849, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und Gewerbegeichten, noch gar keine Fortschritte gemacht. — Die Errichtung eines Gewerberaths in Posen, schon im Juli v. J. vom Vorstande des hiesigen Handwerker-Vereins beantragt, hat, nach Beseitigung mancherlei Bedenken und Oppositionen, und jeglicher möglichen Förderung Seitens des Vereins und der Innungen, noch immer nicht bis zur Auslegung der Wählerlisten zum Gewerberath führen können; denn viele Beschwerden, sowohl bei der Wohlbürolichen Regierung, als auch bei dem hiesigen Magistrat, haben diese Angelegenheit bis heute noch nicht weiter geführt, so daß der Verein nur noch vor 14 Tagen dem Letzteren mit Beschwerde bei Einem Hohen Ministerio gedroht hat. — Die unerwartete Auswesenheit Ew. Excellenz bietet nun Gelegenheit, diesen Umstand in Auseinandersetzung zu bringen, und bitten wir demnach tief ergeben: Ein Hohes Ministerium wolle doch hier seinen Einfluß unmittelbar geltend machen und die praktische Ausführung der Verordnung vom 9. Febr. 1849 in Beziehung der Errichtung eines Gewerberaths und Gewerbegeichten in Posen zur Wahrheit werden lassen. — Denn dem Mangel dieser gesetzlichen Organe ist es einzig und allein zuzuschreiben, daß Seitens der Kommunal-Behörde der S. 33. der Verordnung vom 9. Februar 1850 bei der Errichtung von Möbel- und anderen Magazinen gewerblicher Fabrikate ganz außer Acht gelassen, und die Genehmigung zur Errichtung von dergleichen Magazinen ohne alle Rücksicht auf die Befähigung des Unternehmers ertheilt worden.“

— Daß aber die Überhäufung solcher Betriebsanstalten die Stellung der Gewerbetreibenden dieser Fächer immer mehr gefährdet, dem kauenden Publiko aber hierbei alle Garantie für die gekauften Gegenstände entgeht, bedarf wohl keines Beweises, und erlauben wir uns demnach Ew. Excellenz auch diesen Gegenstand mit der tief ergebensten Bitte vorzustellen: die hiesige Kommunal-Behörde auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die aus der unmotivierten Concessionirung solcher Betriebsanstalten für die beteiligten Inhaber derselben und den betreffenden Gewerbetreibenden entstehen und zu kostspieligen Prozessen Veranlassung geben müssen, in Rücksicht hierauf aber der Kommunalbehörde die fernere Ertheilung solcher Concessiōnen bis zur Constitution des Gewerberaths gänzlich zu untersagen. — Indem wir hiermit Ew. Excellenz den hiesigen Gewerbestand auf das Angelegenste empfehlen, zeichnen wir mit schuldiger Hochachtung Ew. Excellenz tief Gehorsame, die Deputation des Handwerkervereins und der Innungen zu Posen.

Meyer, Buchbinderstr. Meisch, Tischlerstr. Weit, Seilerstr. Müller, Klempnermeister.
a Kosten. — Am 15ten d. M. ist hier ein Unglück geschehen, das, so groß es ist, denn so muß man es immer nennen, wenn die rauhe Hand des Schicksals 5 unerzogenen Kindern die Mutter plötzlich raubt, allerdings noch weit größer hätte werden können. Bis dem etwa 1/2 Stunde von der Stadt entfernten Badeplatz waren täglich 2 Familien, die des Dr. Kunze und die des Inspektors in hiesiger Correktions-Anstalt, Herrn Nielas, hinausgefahren. Der Weg dorthin führt an einer Stelle hart an der Obra vorüber, die hier ein hohes Ufer hat, das, wie fast überall, aus Moorhoden besteht, den die so lange anhaltende Höhe sehr bedeutend ausgetrocknet hatte. Kam nun am genannten Tage der Kutscher dem Ufer etwas zu nahe, oder war vielleicht etwas zu schnelles Fahren mit dem jedenfalls schwer beladenen Wagen die unmittelbare Ursache, genug, ein Theil des Ufers brach plötzlich los, der Wagen mit dem Kutscher, den beiden Frauen und 6 Kindern stürzte in den Fluss, die Pferde mit hinabreißend. Der Moment muß sichbar gewesen sein; die sich rückwärts überschlagenden Pferde drückten aller Wahrscheinlichkeit nach den Kutscher und die Frau Nielas in den Abgrund, die Frau Kunze, hart ans Ufer fallend, fand noch Grund, so daß sie nur bis am Gürtel im Wasser stand, indeß die 7 Kinder mit ins Wasser geschleudert wurden, jedoch durch die Kleider getragen, oberhalb des Wassers blieben, so daß es einem herbei eilenden Manne, der mit einer Harke versehen war, unter Mitwirkung der ic. Kunze gelang, sie sammlich zu retten. Auch dem Kutscher war es gelungen, sich unter den Pferden hervorzuarbeiten, und nur die Frau Nielas blieb verschwunden, und erst als man die ebenfalls ertrunkenen Pferde herausgeschafft, gelang es, die unglückliche Frau, deren Füße in dem Geschirr verwickelt waren, herauszu ziehen. Alle Belebungsversuche blieben fruchtlos, und so hatte denn die Obra, wie der Volksglaube sich ausdrückt, ihr herkömmliches Opfer wieder gefordert.

Nachschrift. — In meiner heutigen Mittheilung ist noch zu berichtigten, daß auf dem Wagen noch die Direktor Rukowska aus der Strafanstalt sich befand, daß diese letztere bereits mehrere Mal untergesunken war, bis sie von dem herbeieilenden Müller mit der Harke ans Land gezogen worden, und daß diese Frau, nicht die Kunze, besonders thätig bei dem Herausziehn der Kinder gewesen. Demnächst ist noch hinzuzufügen, daß die Kinder aus den Rukowskischen und Nielas'schen Familien waren, dagegen die Kunze kein Kind dabei hatte. So eben bin ich auf der Stelle selbst gewesen und habe mich dort überzeugt, daß das Wagengleis etwa eine Handbreit neben dem jäh abspringenden Ufer hinauft, und dort, natürlich durch die Last des Wagens, ein Stück des Ufers abgebrochen sein muß.

a Kriewen. — Unser Städtchen ist seit Freitag recht belebt, indem wir an diesem Tage auch Garnison hier erhalten haben, noch dazu Kavallerie und Infanterie, letztere vom Lissaer Garde-Landwehr-Bataillon, die einige Zeit hier verweilen werden, hauptsächlich um den im Schrimmer und Kratoschiner Kreise hart bedrängten Räubern einen etwaigen Übertritt in unsern Kreis zu wehren, wozu die Herren allerdings wohl den Versuch machen würden. In Schrimm hat man am Sonnabend einen der berüchtigsten dieser Bagabonden, mit Namen Sorkiewski, glücklich eingefangen. Eine Infanterie-Patrone, die sich nahe einer Mühle ins Versteck gelegt hatte, um die etwas anrückige Gegend zu beobachten, erblickte am Morgen beim Hellwerden zwei Leute mit Säcken kommend, die sie aber auch bemerkten müssen, denn plötzlich waren sie die Säcke fort, und ergripen die Flucht; jedoch gelang es, den oben Erwähnten, welcher sich in ein Rohrgesäus versteckt hatte, glücklich einzufangen.

aus dem Fraustädter Kreise, den 17. August. Das Sturm läutet sämlicher Feuerglocken in der heutigen ersten Nachmittagsstunde verkündigte den Bewohnern Lissas' abermals ein Feuer. In der nächsten Nähe der Stadt, dicht am Militair-Zeughause, standen in wenigen Minuten die beim letzten Brande am 9. dieses Monats gebliebenen und zum Vorwerke der reformirten Johannes-Kirche gehörigen Gebäude, als: Wohnhaus nebst Scheunen und Stallungen in vollen Flammen. Auch heute war jeder Löschungsversuch vergeblich, und alle Anstrengungen mußten sich dahin richten, die Flammen von benachbarten Gebäuden und Scheunen fern zu halten. Es ist unbegreiflich, wie es die ruchlose Bosheit wagen konnte, um diese Tagesszeit ihre Rache auszuüben. Denn, daß eine solche hier gegen den zeitigen Vätern des Vorwerks vornahm, scheint fast außer Zweifel zu liegen. Dennoch wird es sehr schwer halten, den verbrecherischen Urhebern so weit nachzuspüren, daß sie zur gesetzlichen Strafe werden gezogen werden können, da für die begründeten Muthmaßungen sich kaum ausreichende Beweismittel finden lassen. Die Feuersbrünste nehmen übrigens in der ganzen Umgegend auf die bedrohlichste Weise und in einem für die gesamte hiesige Bevölkerung die größte Besorgnis erregenden Umfang überhand. In der vorigen und gestrigen Nacht waren je zwei und drei bedeutende Feuer in westlicher, südlicher und nordöstlicher Richtung in der Entfernung von einigen Meilen am Horizont zu erblicken. Für Lissa sind aus der Mitte der Bürger und Einwohnerschaft seit acht Tagen regelmäßige Feuerwachen eingerichtet; indeß möchte diese Vorsicht kaum als ausreichend erscheinen, um die aufs Neuerste erschreckten Gemüther zu beruhigen, wenn nicht mit außerordentlicher Umsicht und Energie Seitens der Polizei- und Militairbehörden durch die speziellste und strengste Beaufsichtigung alles verbrecherischen und verdächtigen Gesindels dem immer mehr überhand nehmenden Unwesen und den Gefahren der mutwilligen Brandstiftung Einhalt geschehen soll. Die aufopfernde Thätigkeit der Lösch- und Rettungsmannschaft jeden Standes und Alters hat sich auch heute wiederum bewährt. Nur halten wir es für eine unabsehbare Notwendigkeit, daß mit der Organisation eines geregelten, vornehmlich aus technischen Kräften bestehenden Löschvereins unverzüglich vorgegangen, und daß demnächst auch auf die Löschapparate eine entsprechende Sorgfalt verpendet werde, da an der Brandstädte namentlich

